

sonnenklar!



Foto: Keystone

Silberstreifen am Horizont sind auszumachen: Fast 17 000 Anlagen, die erneuerbare Energie produzieren würden, sind bereit zum Bau. Nur die Beschränkung der kostendeckenden Einspeisevergütung steht der Realisation noch im Wege. Eine Bestandsaufnahme.

Einspeisevergütung: (beinahe) eine Erfolgsgeschichte



von
Eric Nussbaumer,
Nationalrat



von
Roger Nordmann,
Nationalrat

Die Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) ist die Geschichte eines Systems, das vom eigenen Erfolg überrollt wurde. In den Jahren 2006 und 2007 war es uns am Rande der Erarbeitung des Schweizer Stromversorgungsgesetzes gelungen, ein minimiertes KEV-System einzuführen. Das ging aufgrund des Widerstands der Nuklearlobby allerdings nicht ohne Kompromisse: Ein kompliziertes System mit Kostendeckel und Teildeckeln, die die Wirksamkeit

der KEV einschränkten und die die Förderung der Fotovoltaik auf ein Minimum beschränkten, war die Folge. Das Wichtigste war damals, das System überhaupt zu starten, um nachzuweisen, dass es funktioniert.

Die Erwartungen wurden übertroffen

Die KEV hat unsere Erwartungen weit übertroffen: Seit den ersten Tagen erlebt die Anmeldestelle einen Ansturm von künftigen

Stromproduzenten. Angesichts der nicht ausreichenden Mittel und diverser Einschränkungen mussten viele Anmeldungen auf eine Warteliste gesetzt werden. Die Länge der Liste wäre der Sowjetunion würdig gewesen.

Die lange Liste erzeugte – noch vor der Katastrophe von Fukushima – grossen Druck auf die Politik. Dieser ermöglichte es uns, den KEV-Zuschlag von maximal 0,6 auf 0,9 Rappen pro verbrauchte Kilowattstunde anzuheben.

Eine erfolgreiche Bilanz

Die Bilanz kann sich sehen lassen (Stand Ende Juni 2012):

- Rund 4290 von der KEV geförderte Anlagen sind in Betrieb. Sie liefern 1240 Gigawattstunden Strom pro Jahr. Das entspricht 2,1 Prozent des Schweizer Stromverbrauchs.

- 2042 weitere Anlagen haben eine KEV-Bewilligung erhalten, sind aber noch nicht fertiggestellt. Sind sie einmal in Betrieb, werden sie zusammen jährlich 3078 Gigawattstunden Strom produzieren.

- Gesamthaft würden die Anlagen, die bereits in Betrieb sind, und diejenigen, die eine KEV-Zusage erhalten haben, 4300 Gigawattstunden Strom erzeugen. Das sind 7,1 Prozent des Stromverbrauchs der Schweiz. Diese Zahl ist beachtlich, weil sie bereits einen Sechstel des Nuklearstroms deckt, den wir ersetzen wollen.

Diese erfreuliche Bilanz wird jedoch durch die Länge der Warteschlange getrübt: 16 797 projektierte Anlagen stehen zum Bau bereit! Ihre Jahresproduktion würde 5100 Gigawattstunden Strom betragen. Damit könnten zusätzlich fast 9 Prozent des Schweizer Stromverbrauchs gedeckt werden.

Zwar wird in den nächsten Monaten eine kleinere Anzahl von Anlagen (vor allem Fotovoltaik) eine Zusage der KEV-Meldestelle erhalten, die Warteschlange wird trotzdem weiter wachsen. Die Situation ist absurd: Die Projekte sind baureif, die Investoren stehen bereit und die Schweiz braucht umweltfreundlichen Strom, doch alles wird von Entscheiden blockiert, die die Nuklearlobby im Parlament – noch vor Fukushima – durchsetzen konnte.

Strategien zur Deblockierung

Im April hat der Bundesrat endlich anerkannt, dass die KEV das System der Zukunft ist, um die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen zu entwickeln. Er hat eine komplette Aufhebung des KEV-Kostendeckels angekündigt.

Als Bestandteil des Gesetzespakets zum Atomausstieg würde diese Massnahme jedoch erst am 1. Januar 2016 in Kraft treten, wenn man sich vor Augen hält, wie umfangreich das Paket ist und wie langsam die politischen Institutionen in der Schweiz arbeiten. Wir dürfen aber nicht noch vier Jahre warten. Das würde zu einer fatalen Stagnation der Stromversorgung, der Beschäftigung und des Know-hows führen. Aus diesem Grund hat die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates eine partielle, vorgezogene Deblockierung vorgeschlagen. Nach einigem Zögern stimmte die Schwesterkommission des Ständerates diesem Vorschlag zu. Eine Subkommission, der auch die Verfasser dieses Beitrages angehören, konnte danach die Ausarbeitung der notwendigen Gesetzesänderungen in Angriff nehmen. Die neuen Regelungen würden schon am 1. Januar 2014 in Kraft treten. Erklärtes Ziel ist es, die bestehende Warteschlange abzubauen.

Nach dieser dringend notwendigen Deblockierung wird es auch darum gehen, die administrative Verwaltung der KEV zu vereinfachen und Net Metering zu fördern. Beim Net Metering wird der im Netz eingespeiste Strom mit dem aus dem Netz bezogenen Strom verrechnet.

Im Moment legt vor allem die Fotovoltaik zu: Von 2010 bis 2011 hat sich die Stromproduktion aus PV-Anlagen verdoppelt und deckt heute 0,3 Prozent des nationalen Stromverbrauchs ab (Anlagen mit und ohne KEV-Bewilligung). Diese Popularität erstaunt kaum: In den letzten vier Jahren haben sich die Installationskosten halbiert – der Trend setzt sich fort. Ausserdem ist die Akzeptanz in der Bevölkerung ausgezeichnet, solange die Panels auf Gebäuden installiert werden. Übrigens ist in der Änderung zum Raumplanungsgesetz vorgesehen, dass für Solaranlagen auf Dächern künftig in den meisten Fällen keine Baubewilligung mehr nötig sein wird.

Die AbsolventInnen des neuen Lehrgangs «Solarteur» werden zu Fachleuten für erneuerbare Energien ausgebildet. Sie können nach Abschluss beispielsweise Fotovoltaik-Anlagen installieren.



Soll den erneuerbaren Energien zum Durchbruch verholfen werden, braucht es gut ausgebildete Fachleute, zum Beispiel den Solarteur. Seit Kurzem kann der Beruf als Zusatzausbildung auch in der Schweiz erlernt werden.

Der Beruf des Solarteurs füllt eine Lücke



von Max Chopard-Acklin, Nationalrat

Sanitär-, Heizungs- und Elektroinstallateure, Spengler, Dachdecker, aber auch Berufsleute aus der Maschinen- und Metallbranche können sich seit Kurzem zum Solarteur weiterbilden lassen. Die Absolventinnen und Absolventen des Lehrgangs erarbeiten sich das nötige Wissen, um für den Kunden die beste Lösung der Energieversorgung mit erneuerbaren Energien umsetzen zu können. Sie lernen Solaranlagen und Wärmepumpen zu planen, zu installieren, sie in Betrieb zu nehmen und sie zu warten. Der Lehrgang wird unterstützt von EnergieSchweiz.

Die Ausbildung zum Solarteur – die Berufsbezeichnung leitet sich vom Begriff «Solar-Installateur» ab – wird in unseren Nachbarländern Italien, Österreich und Deutschland schon länger erfolgreich angeboten. Nun wird sie auch in der Schweiz zur Erfolgsgeschichte: 27 Teilnehmer

haben kürzlich in den Lehrwerkstätten Bern (LWB) die Zusatzausbildung zum Solarteur abgeschlossen. Lehrgangsteilnehmer Peter Leu: «Es ist ein anspruchsvoller Lehrgang, über ein halbes Jahr.» Der modular aufgebaute, berufsbegleitende Lehrgang kann ausser in den LWB auch im Berufsbildungszentrum Fricktal und im Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg besucht werden.

Wie eine Idee rasch verwirklicht wird

Im Frühjahr 2009 diskutierte ich mit Unia-Gewerkschaftskollege und Berner Stadtrat Ruedi Keller über sinnvolle Investitionen in die Zukunft. Wir erkannten: Die Schweizer Unternehmen, die auf dem wachsenden Markt der Solarenergie tätig sind, brauchen mehr fachlich qualifiziertes Personal. Da muss die Berufsbildung mit der realen Entwicklung mithalten können. Es kam dazu, dass die Politik mehrfach beschlossen hatte, Investitionen in erneuerbare Energien zu fördern.

Am 5. Juni 2009 traf ich mich zu einer Gesprächsrunde mit einer Delegation der LWB Bern. Thema: Solarberufe. Darauf folgten Son-

dierungsgespräche in verschiedene Richtungen und es gelang, die Frage der Aus- und Weiterbildung im Bereich der erneuerbaren Energien zum Thema für das damalige dritte Konjunkturpaket des Bundes zu machen.

In der Herbstsession 2009 traf sich im Bundeshaus eine überparteiliche ParlamentarierInnengruppe, ergänzt durch VertreterInnen von Berufsverbänden und der Bundesämter für Energie und für Berufsbildung. Auch die LWB war mit dabei. Dann ging alles sehr schnell: Der Grundstein für die Solarteurausbildung war gelegt. «Toll, dass zwischen der Initiative und der konkreten Umsetzung so wenig Zeit verging», lobte heute der Direktor der LWB, Andreas Zysset.

Das Konzept der Solarteurausbildung funktioniert schon sehr gut und es hat sich bestätigt, dass das Bedürfnis nach dieser Zusatzausbildung besteht.

Das Bundesgericht entscheidet im Herbst über die Zukunft des AKW Mühleberg. Die Zeichen stehen gut, dass der marode Reaktor nicht mehr lange läuft.

Mühleberg muss vom Netz. Und des Ensi ist nicht Gott.



von Ursula Wyss, Nationalrätin*

Im Herbst wird das Bundesgericht über den Weiterbetrieb des AKW Mühleberg entscheiden. Das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) beschloss im März, dass das AKW aus Sicherheitsgründen keine unbefristete Betriebsbewilligung erhält und vorerst nur bis Juni 2013 betrieben werden darf.

Der Verein Mühleberg Verfahren ist zuversichtlich, dass auch das Bundesgericht in unserem Sinn entscheiden wird. Vieles spricht dafür: 2009 stellte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) die unbefristete Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg mit der Begründung aus, die Sicherheit sei durch die Aufsicht des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) gewährleistet. Das BVGer kam nun

aber zu einem anderen Schluss. Es gehe nicht an, ein bereits 40 Jahre altes AKW auf Zusehen hin weiter zu betreiben.

Die AKW-Aufsicht müsste eigentlich im Sinne der Schweizer Bevölkerung entscheiden. Stattdessen schlugen sich die eng mit der Atomlobby verbandelten Aufseher immer auf die Seite der AKW. Beim AKW Mühleberg sind die offenen Sicherheitsprobleme wie Risse im Kernmantel, Beurteilung der Erdbebensicherheit und fehlende von der Aare unabhängige Kühlmöglichkeit laut BVGer aber zu gewichtig, als dass deren Behebung nur über die Aufsicht des Ensi sichergestellt werden könnte. Wenn die BKW die Betriebsbewilligung über Juni 2013 verlängern wollen, müsse sie ein umfassendes Instandhaltungskonzept einreichen.

Unsere Haltung stützt unterdessen auch eine erste Zwischenverfügung des Bundesgerichts: Die BKW riskiert, in rund einem Jahr über keine Bewilligung mehr zu verfügen. Professor Wildi, ehemaliger Präsident der Kommission

für die Sicherheit der Kernanlagen (KSA), erinnert daran, dass bis heute keine Reparaturmöglichkeit für die Risse im Kernmantel besteht. In anderen AKW musste dieser ausgetauscht werden, was rund eine halbe Milliarde Franken kostete und mehrere Jahre dauerte. Auch die Erdbebensicherheit ist kaum aussetzbar, liegt das AKW Mühleberg doch nur eine Flussbiegung unter dem Wohlensee-Staudamm. Für das Aare-unabhängige Kühlwasser schlägt die BKW den Bau einer Leitung zur Sense vor. Doch auch hier fragt sich, wie viele Millionen ins Flickende dieses maroden Reaktors verschwendet werden sollen, statt in Effizienz und erneuerbare Energien zu investieren.

Wir sind überzeugt: Die BKW kann mit dem Abschalten des AKW Mühleberg vorangehen und der Energiewende den Weg weisen.

Weitere Informationen:
www.muehleberg-verfahren.ch

* Ursula Wyss ist Mitglied des Vorstands Mühleberg Verfahren

Arbeitskreis «sonnenklar!»

Der Arbeitskreis «sonnenklar!» will die Energie- und Umweltpolitik der SP Schweiz bekannt machen und umsetzen. Er setzt sich aus Energie- und Umweltsachverständigen der SP-Fraktion der Bundesversammlung sowie weiteren interessierten Fachleuten zusammen. Die Spendeneinnahmen von «sonnenklar!» werden zweckgebunden für politische Kampagnen und Projekte in der Energie- und Umweltpolitik eingesetzt.

Bisher wurden folgende Vorhaben und Organisationen mit finanziellen Beiträgen unterstützt:

- Allianz Nein zu neuen AKW
- Verein Landschaftsinitiative
- Komitee Mühleberg-Verfahren
- Lancierung und Einreichung der Cleantech-Initiative der SP
- Einsprache gegen das Gesuch um eine unbefristete Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg
- Klima-Initiative (von der SP mitlanciert)
- Verein Klima-Initiative
- SP-Energiegipfel «erneuerbar statt atomar»
- Erarbeitung des Perspektivpapiers der SP Schweiz «Sicher und effizient umsteigen: Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien»
- «KLAR! Schweiz» für die Unterstützung der Expertise von John Large zum sogenannten Entsorgungsnachweis der Nagra
- Finanzierung eines juristischen Gutachtens «Mitsprache beim Bau neuer AKW»



Die Industriellen Werke Basel liefern ausschliesslich erneuerbare Energie aus Eigenproduktion, unter anderem aus Windparks in Frankreich.

Die Industriellen Werke Basel sind der fünftgrösste Stromversorger der Schweiz. Sie liefern ausschliesslich erneuerbare Energie aus Eigenproduktion – und das zu einem guten Preis. Das zeigt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Basel liefert 100 Prozent erneuerbaren Strom



von
Beat Jans,
Nationalrat*

Die Anstandspause ist offenbar zu Ende, der Fukushima-Schock überwunden. Ein gutes Jahr nach dem tragischen Atomunfall in Japan kommen hierzulande die ersten Atomlobbyisten aus der Deckung. Die Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (AVES) forderte Anfang Juni, «dass die sistierte Planung für den Bau von mindestens einem grossen Ersatz-AKW wieder aufgenommen wird». Die Energiewende sei «übereilt und wenig fundiert».

Überraschend sind da schon andere: Die Industriellen Werke Basel (IWB) sind die ersten Schweizer Energieversorger, die ihren Kunden 100 Prozent erneuerbaren Strom aus Eigenproduktion liefern. Der ganze Strom wird in eigenen Anlagen produziert. Die IWB haben durch kontinuierliche Investitionen in erneuerbare Energien die Eigenproduktionsquote dermassen erhöht, dass diese nun über dem Stromverbrauch

von Basel-Stadt liegt. Bis 2015 soll die Eigenproduktionsquote gar auf 125 Prozent erhöht werden.

Windkraft ...

2011 kauften sie acht Windparks in drei Windregionen Frankreichs und sicherten sich damit Strom für 35 000 Haushalte. Anfang 2012 kam ein Windpark mit Strom für weitere 7000 Haushalte hinzu. Zusammen mit der französischen Windparkentwicklerin Theolia und dem deutschen Energieversorger Badenova beteiligen sich die IWB über eine gemeinsame Investmentgesellschaft an Windparks in Deutschland, Frankreich und Italien. Die Gesellschaft will 300 Millionen Euro in Windparks mit einer Gesamt-

leistung von 150 bis 200 Megawatt investieren. Genug, um 100 000 Haushalte zu versorgen. Zusätzliche Investitionen in Schweizer Pumpspeicherwerke sollen dafür sorgen, dass der Strom gespeichert und bedarfsgerecht geliefert werden kann.

Und der Preis? Der Basler Strom zählt nur deshalb zu den teuersten des Landes, weil der Kanton eine Lenkungsabgabe aufschlägt. Die Lenkungsabgabe ist ein Anreiz zum Sparen und wird vollumfänglich an die Leute und Firmen zurückerstattet. Deshalb führt sie im Durchschnittshaushalt nicht zu Mehrkosten. Zieht man sie ab, kostet der 100 Prozent erneuerbare Strom der IWB sogar deutlich weniger als der mit viel Atom belastete Schweizer Durchschnittsstrom.

... und Energieeffizienz

Die IWB setzen auch bei der Energieeffizienz Massstäbe. So konnten sie zum Beispiel mit dem Unispital Basel ein Energie-Contracting abschliessen. Die IWB finanzierten Wärmerückgewinnung, Lüftungsoptimierung, bessere Pumpen und neue Beleuchtungsanlagen. Damit konnte das Spital rund 3,5 Millionen Kilowattstunden Strom einsparen, was dem Jahresverbrauch von 1750 Personen entspricht. Und die Energiekosten sinken um 437 000 Franken. Dank dem Contracting verdienen die IWB an der nicht gelieferten Energie. Wie das Beispiel zeigt, schafft Energie-Contracting Gewinne für beide Seiten.

Das Modell IWB lässt sich nicht eins zu eins auf die Schweiz übertragen. Es zeigt aber etwas anderes: Wo ein politischer Wille ist, da ist auch ein Weg. Seit Kaiseraugst lehnte die Basler Bevölkerung Beteiligungen an Atomkraftwerken ab. Sie hat nie auf die Schwanengesänge der Atomlobby gehört, und es bis heute nie bereit.

* Beat Jans ist Mitglied des IWB-Verwaltungsrats; er äussert hier seine persönliche Meinung.

Meine Umwelt ist mir etwas wert

Wenn Sie die umweltpolitischen Projekte der SP Schweiz unterstützen und «sonnenklar!» vierteljährlich erhalten wollen, senden Sie bitte Ihre Adresse an:
sonnenklar@spschweiz.ch



Impressum sonnenklar! erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Jahresabonnement für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab SFr. 5.– enthalten (ab SFr. 10.– für 24 Monate). Spenden: PC 30-66582-6, sonnenklar, 3001 Bern. **Herausgabe/Redaktion:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Fax 031/329 69 70, E-Mail: sonnenklar@bluwin.ch **Redaktion:** Jacqueline Badran, Nationalrätin; Didier Berberat, Ständerat; Pierre Bonhöte, alt Ständerat; Pascale Bruderer, Ständerätin; Chantal Gahlinger, politische Fachsekretärin; Reto Gamma, Projektleiter Fundraising; Beat Jans, Nationalrat; Barbara Marty Kälin, alt Nationalrätin; Roger Nordmann, Nationalrat; Eric Nussbaumer, Nationalrat; Gisèle Ory, Regierungsrätin; Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat; Silva Semadeni, Nationalrätin; Ursula Wyss, Nationalrätin. **Redaktionelle Bearbeitung und Produktion:** Gallati Kommunikation, Zürich. **Gestaltung:** Purpur AG für Publishing und Communication, Zürich. Gedruckt in der Schweiz. Auflage: 50 000 Expl.



Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier. SCS-COC-2086. FSC Trademark 1996. Forest Stewardship Council A. C.